

Kurzprogramm der GRÜNEN zur Europawahl '89

Für eine ökologische, soziale, basisdemokratische
und gewaltfreie Politik in Europa

DIE GRÜNEN

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesvorstand der GRÜNEN

Verlag: Bundesgeschäftsstelle DIE GRÜNEN, Bonn; Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Eberhard Walde

Redaktion: Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Produktion: Richard Herten (Umschlag), Kippsatz (Satz/ Layout)

Druck: FARBO-Druck, Köln

Bestellungen an: Bundesgeschäftsstelle DIE GRÜNEN, Postfach 14 33, 5300 Bonn 1

Fotos: S.5, argus; S.8, argus; S.13, argus; S.16, Ralph Rieth.

EUROPA - ALPTRAUM UND TRAUM

„Wir wissen heute, mit welchen Leiden die Menschheit jeden der Siege des europäischen Geistes bezahlt hat.“

FRANTZ FANON

DER ALPTRAUM: SUPERMACHT (WEST-)EUROPA.

Die historischen Leistungen, mit denen der Kontinent Europa in den vergangenen Jahrhunderten die Menschheit „beglückt hat, bestanden vornehmlich in der Entwicklung weltweiter Formen der Herrschaft, der Unterdrückung und Ausbeutung: Kreuzzüge, „Entdeckungen“ anderer Weltteile und Kulturen, Sklavenhandel, Kolonialsystem und Imperialismus sind europäische „Erfindungen“. Im 20. Jahrhundert sind von Europa die zerstörerischsten Kriege der bisherigen Menschheitsgeschichte ausgegangen. Deutsches Weltmachtstreben war in beiden Weltkriegen die treibende Kraft.

Diese Expansion ging mit einem europäischen Sendungsbewußtsein einher, das sich im Laufe der Geschichte aus immer neuen Quellen speiste: angefangen von der griechisch-römischen Zivilisation über das im Reichsgedanken verstaatlichte Christentum und den modernen Nationalstaat bis hin zum positivistischen Glauben an die Allmacht des technischen Fortschritts.

Das auf europäischem Boden entwickelte kapitalistische und patriarchalische Wachstumsmodell hat im Innern Europas alle Formen eines anderen, gemeinschaftlichen Umgangs von Menschen miteinander und mit ihren natürlichen Lebensbedingungen zerstört. Im Zuge ihrer kolonialen und imperialistischen Durchdringung der ganzen Welt haben die europäischen Länder diesem ökologisch und sozial zerstörerischen Modell des Arbeitens und Lebens auch weltweit zur Vorherrschaft verholfen.

Auch wenn im 20. Jahrhundert andere Länder die Nachfolge der europäischen Großmächte als Weltmächte angetreten haben, bleibt die expansive Politik des EG-Europas - neben der weltweiten Hegemonie der USA, der Blockwirtschaft der UdSSR und der wirtschaftlichen Expansion Japans - eine Bedrohung und Belastung für die Völker der Welt. Und auch die einfachen Menschen in diesem Europa - die ArbeiterInnen und Angestellten, die Hausfrauen, die Bauern und Bäuerinnen oder die kleinen Selbständigen - haben unter diesem Europa zu leiden:

Die Blockkonfrontation in Europa bedroht sie - trotz aller Abrüstungshoffnungen, die aus dem Abbau der Mittelstreckenraketen erwachsen - mit Kriegsgefahr und Militarisierung. Die wirtschaftliche Expansion der EG bringt ihnen schlechtere Arbeitsbedingungen oder drängt sie in ungesicherte Arbeitsverhältnisse bzw. in die Erwerbslosigkeit ab.

Die neuen Technologien, mit denen - ungeachtet ihrer unkontrollierten ökologischen und sozialen Auswirkungen - ein Ausweg aus der Wirtschaftskrise erzwungen werden soll, dringen in alle privaten Lebenszusammenhänge ein und verstärken dort vor allem die Unterdrückung und Diskriminierung der Frauen.

Nach zwei Weltkriegen hat die europäische Bewegung den alten Traum von der Einigung Europas zu einem Kontinent „ewigen Friedens“ (Kant) mit dem Vorhaben vermischt, einen Block gegen die Sowjetunion und die neuen außereuropäischen Großmächte USA und Japan zu bilden. Nachdem 1945 in Jalta und Potsdam die Westmächte und die Sowjetunion Europa in Einflußsphären aufgeteilt hatten, blieb vom Gedanken der europäischen Einigung bald nicht mehr übrig als ein regionaler westeuropäischer Zusammenschluß unter der militärischen Vorherrschaft der NATO. Mit diesem Vorhaben verbinden die alten europäischen Großmächte weiterhin - und in den letzten Jahren verstärkt die Hoffnung, es werde eine Großmacht (West-)Europa

daraus hervorgehen. Für diesen Zusammenschluß hat die Bundesrepublik als „Wirtschaftswunderland“ eine Vorreiterrolle gespielt; nicht von ungefähr geben heute bundesdeutsche Wirtschaftsriesen in der EG den Ton an. Die westdeutsche Industrie sieht in der EG das „Hinterland“ für die weitere Eroberung der Weltmärkte, und westdeutsche Politiker erkennen in der westeuropäischen Einigung die Chance, unauffällig zu atomarer Macht und politischer Weltgeltung zu kommen.

Anlaß zur Begeisterung für dieses Alptraum-Europa, wie sie die übrigen Parteien in ihrem Wahlkampf zum EG-Parlament krampfhaft zu verbreiten suchen, besteht aus der Perspektive der Völker Europas und der Welt nicht im geringsten.

„I have a dream«
MARTIN LUTHER KING

DER TRAUM: DAS „GEMEINSAME HAUS EUROPA“

DIE GRÜNEN haben einen Traum - den Traum von einer veränderten Welt, in der über alle Grenzen hinweg gewaltfreie, basisdemokratische Selbstbestimmung verwirklicht ist und jedes Volk seine Arbeits- und Lebensweise, seine Kultur sozial ausgleicht und mit seinen ökologischen Lebensbedingungen ins Gleichgewicht bringt. Damit dieser Traum Wirklichkeit werden kann, müssen die Völker der Welt endlich ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen können. Das politische Denken der GRÜNEN kann daher nicht an der Tradition europäischen Missionsgeists anknüpfen.

Der Traum, die reale Utopie der GRÜNEN ist aber auch ein Traum von Europa. In ihm bekommt die neue sowjetische Formel vom „gemeinsamen Haus Europa“ einen historischen Sinn.

Auf diese Formel berufen sich zwar auch - vor allem sozialdemokratische - Großmachtpolitiker, die sich von Öffnung und Umbau der Sowjetunion Chancen für eine Stärkung westeuropäischer Vorherrschaft versprechen. Von einem „gemeinsamen Haus Europa“ kann aber nur die Rede sein, wenn seine BewohnerInnen selbst darüber entscheiden, wie sie sich in ihm einrichten wollen, ohne sich dabei von etwaigen „Bauleuten“ (Brecht), von angeblichen „Hausherren“ - oder gar von den Wächtern - bevormunden zu lassen. Ein solches „Haus“ muß vielerlei Wohnungen umfassen, in Einklang mit seiner Umgebung stehen und jedem einen wohnlichen Platz bieten, ohne dafür Nachbarn auszuplündern.

Und seine Türen müssen jedem offen stehen, der in ihm Hilfe und Zuflucht sucht.

DIE GRÜNEN treten in ihrer europäischen Politik für ein Europa der Blockauflösung, der Selbstbeschränkung, der Kooperation zwischen den Regionen und der internationalen Solidarität ein. Vor allem aber stehen DIE GRÜNEN für ein Europa des gemeinsamen Umbaus. Ein ökologischer, sozialer und feministischer Umbau kann nur die gemeinsame Anstrengung aller Völker und Staaten Europas sein; er ist weder in einem Europa der Blockspaltung noch in den Grenzen der EG noch beim derzeitigen wirtschaftlichen Macht und Entwicklungsgefälle zwischen EG und RGW-Staaten, zwischen Nord und Süd denkbar.

In diesem Traum von einem anderen Europa sind wir GRÜNEN auch der großen Mehrheit der Menschheit verbunden, die auf anderen Kontinenten lebt; mit einer Umkehr der europäischen Entwicklung in diese Richtung wüchse auch die Reichweite ihres eigenen Handelns.

Es gibt heute bereits Ansätze für eine solche europäische Politik. Der Europarat hat sich zu einem Forum des Dialogs der europäischen Länder über die EG-Grenzen hinweg entwickelt. Der nordische Rat bildet einen Konsultationsrahmen für die skandinavischen Länder, Mit den in Helsinki initiierten Konferenzen für europäische

Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) ist zum erstenmal ein Verhandlungsprozeß zwischen allen europäischen Staaten in Gang gekommen.

Wichtiger jedoch ist, daß die Basisbewegungen in Europa damit begonnen haben, grenzübergreifend und blockzersetzend zusammenzuarbeiten, ohne dabei länger Rücksicht auf ihre Regierungen oder die Führungsmächte der Blöcke zu nehmen: durch die Jugend-, Ökologie- und Frauenbewegung, durch die Solidaritätsbewegungen mit den Völkern der Dritten Welt, durch die Forderungen der Friedensbewegungen in West und Ost nach einseitiger Abrüstung und dem Abbau von Feindbildern, durch Forderungen von ArbeitsimmigrantInnen und regionalen Basisbewegungen nach Anerkennung kultureller Vielfalt, durch Forderungen von Gewerkschaften und Lohnabhängigen nach umfassender Arbeitszeitverkürzung und Planung und Durchsetzung alternativer Produkte.

DIE GRÜNEN sind aus diesen Gegenbewegungen, hervorgegangen. Ihre Präsenz im Europaparlament der EG begreifen sie als Aufgabe, diesen Gegenbewegungen eine öffentlich besser hörbare Stimme zu verleihen, ihre Forderungen, wo immer möglich, parlamentarisch zu verankern, für sie Informationen zu beschaffen und die Möglichkeiten der Parlamentsfraktion zu nutzen, um die Vernetzung dieser Basisbewegungen zu unterstützen.

GRÜNE POLITIK IN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

DIE GRÜNEN fordern eine gesamteuropäische Friedensordnung. Sie setzen sich für einen sozialen, ökologischen und basis-demokratischen Umbau der Wirtschaft in Europa ein. Wir halten also eine Politik für Gesamteuropa für notwendig und stellen alternative Forderungen für die Europäische Gemeinschaft.

FÜR EINE AUFLÖSUNG DER OST-WEST-BLOCKBILDUNG

Europa ist heute in zwei waffenstarrende Militärblöcke geteilt, die die weltweit größte Konzentration an konventionellen und atomaren Waffen angehäuft haben. Ein Krieg in Europa, ob nuklear oder konventionell, würde nichts von dem übriglassen, was „verteidigt“ werden soll. Die Abrüstungsinitiativen der Sowjetunion bieten heute eine große Chance, das Wettrüsten umzukehren, einen tatsächlichen Abrüstungsprozeß einzuleiten und Europa zu entmilitarisieren.

Stattdessen planen die NATO-Staaten jedoch längst neue „Nachrüstungen“ bei atomaren Kurzstreckenwaffen. Im Zuge des Aufbaus des „europäischen Pfeilers der NATO“ verstärken die westeuropäischen Staaten, insbesondere die Bundesrepublik und Frankreich, ihre Militärkooperation. Dies erfolgt in verstärktem Ausmaß auch im Rahmen der angeblich „zivilen“ EG.

In einem Bericht des Europaparlaments mit dem Titel „Die Sicherheit Westeuropas“ wird unter der Überschrift „Europa, eine Weltmacht im Werden“ u.a. gefordert, „Europa müsse in der Lage sein, sich zu gegebener Zeit und unter Beibehaltung seiner Bündnistreue alle Attribute einer Großmacht zu verschaffen, wozu auch eine unabhängige Verteidigung gehört“.

Und um Weltmacht zu werden, braucht man eine umfassende rüstungsindustrielle Basis, muß man in der Lage sein, den Weltraum militärisch zu nutzen, muß man seine Interessen weltweit militärisch durchsetzen können, und - nicht zuletzt - braucht man dazu eine Atomstreitmacht. So ist es kein Zufall, daß die EG Staaten in allen diesen Bereichen ihre militärische Zusammenarbeit ausbauen, und zwar in trauter

Übereinstimmung zwischen den sozialdemokratischen/sozialistischen, christdemokratischen/konservativen und liberalen Parteien Westeuropas. Die Zeiten, in denen militärische Aufgaben Militärbündnissen wie der NATO oder der Westeuropäischen Union (WEU) vorbehalten waren, sind jedenfalls vorbei.

Die Friedensbewegung, deren Teil DIE GRÜNEN sind, hat mit dem INF-Vertrag über den Abbau von Mittelstreckenwaffen ein wichtiges Teilziel erreicht. Es gilt jetzt, daran anzuknüpfen und die neuen westlichen „Nachrüstungen“ und die Supermacht EG zu verhindern. Die Bundesrepublik darf sich an diesen Projekten nicht beteiligen, sondern muß vielmehr endlich eigene Abrüstungsinitiativen entwickeln und mit eigenen, einseitigen, Abrüstungsschritten vorangehen. Dafür werden DIE GRÜNEN auch im nächsten Europaparlament arbeiten.

DIE GRÜNEN fordern:

- Verankerung des zivilen Charakters der EG,
- Verzicht auf ABC-Waffen,
- Neutralitätsgarantie für jedes Mitglied,
- Verbot des Waffenexports,
- Verabredung zur gemeinsamen Abrüstung.

FÜR EIN EUROPA DER SELBSTBESCHRÄNKUNG

Europa muß seinen Beitrag zu einer gerechteren Weltordnung leisten. Dazu gehört, daß europäische Politik sich von jeder Form von Eurozentrismus, aber auch von allen Gedanken an eine europäische Selbstbehauptung im Wettlauf der Großmächte endgültig verabschieden muß. Stattdessen muß Selbstbeschränkung zur Maxime europäischer Politik werden.

DIE GRÜNEN setzen sich in Europa ein für kleine und mittlere Technologie, für regionale Wirtschaftskreisläufe, für eine gleichberechtigte Partnerschaft in den Nord-Süd-Beziehungen.

Die Einigung Europas ist kein Selbstzweck. Zur Bewältigung von Problemen, die die Großregion bedrohen, und als Beitrag zu einer gerechteren Weltordnung ist eine aufgabenbezogene europäische Zusammenarbeit unerlässlich. Dabei müssen die Völker Europas allerdings die Stärke haben, auf Beherrschung zu verzichten und sich in die Ordnung der Natur und die globale Gemeinschaft einzufügen.

Für die EG fordern DIE GRÜNEN:

- Die Organe der EG dürfen nur da tätig sein, wo die Bewältigung konkreter Aufgaben einheitliche europäische Regelungen erfordert.
- Die Kompetenzen und Zuständigkeiten müssen nach dem basisdemokratischen Prinzip neuverteilt werden, daß möglichst viele Entscheidungen auf regionaler und lokaler Ebene getroffen werden; je bürgernäher eine Entscheidungs-Instanz ist, umso besser.
- EG-Regelungen sollen Rahmenrichtlinien sein, die von den einzelnen Ländern, Regionen oder Gemeinden ausgefüllt werden müssen.
- Diese Rahmenrichtlinien dürfen nur Mindeststandards enthalten und kein Mitgliedsland daran hindern, sozial und ökologisch höhere Standards zu entwickeln.

Die Vielfalt in Europa muß vor der Einheitlichkeit gehen und die eigentliche Einheit bilden. Einheit durch Vielfalt!

FÜR BASISDEMOKRATISCHE POLITIK IN EUROPA

DIE GRÜNEN fügen sich ein in ein Netz von friedenspolitischen, emanzipatorischen und ökologischen Basisbewegungen in Europa. Wir wollen dieses Netz stärken, denn nur mit seiner Hilfe können bürgerferne PolitikerInnen, die an den Fäden der Wirtschaftsmacht hängen, wieder an die Interessen der Menschen gebunden werden. In diesem Sinne werden DIE GRÜNEN im Europaparlament ihren Beitrag zur Politik der Basisbewegungen in ganz Europa leisten.

In der EG wird Politik von den RegierungsvertreterInnen im Ministerrat gemacht, fernab von demokratischer Kontrolle im eigenen Land, aber auch ohne Kontrolle durch das Europäische Parlament. In diesem demokratischen Vakuum ziehen die international agierenden Wirtschaftsmächte die Fäden: wenn es um Mensch und Natur geht, sorgen sie für die Politik des niedrigsten gemeinsamen Nenners, aber wo es um Förderung von konzentrierter Wirtschaftsmacht mittels Forschung und Marktstandardisierung geht, sorgen sie für die höchste gemeinsame Anstrengung.

DIE GRÜNEN fordern:

- Die RegierungsvertreterInnen in Ministerrat, Europäischem Rat und in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) müssen einer lückenlosen Kontrolle durch die nationalen Parlamente unterworfen werden.
- Das durch gleiche, freie und geheime Wahlen zu bildende Europa-Parlament muß bei allen Rechtsakten und dem Haushalt der EG eine gleichrangige Mitentscheidungsbefugnis erhalten.
- Die EG-KommissarInnen sollen vom Europa-Parlament gewählt und diesem gegenüber verantwortlich gemacht werden.

Die Forderungen der GRÜNEN für das Europa-Parlament beschränken sich jedoch nicht darauf, die Muster der entmachteten Parlamente der Nationalstaaten auf das EG-Parlament zu übertragen. Elemente direkter Demokratie, wie die Beteiligung von Initiativen und Betroffenen, müssen Gegengewichte gegen die faktischen Vorabentscheidungen durch Technokratie und Bürokratie bilden.

Als ersten Schritt in diese Richtung fordern DIE GRÜNEN ein Verbandsklagerecht für Umwelt- und Verbraucherverbände, Frauenorganisationen und Gewerkschaften zum EG-Gerichtshof in Luxemburg. Ebenso müssen grenzüberschreitende Einspruchsmöglichkeiten und Informationen bei der Planung von Industrie- und Verkehrsprojekten geschaffen werden.

GEMEINSAMER KAMPF FÜR MENSCHENRECHTE IN EUROPA

Menschenrechte sind unteilbar. DIE GRÜNEN kämpfen überall für die Menschenrechte. Eine Reihenfolge oder politische Kompromisse gibt es dabei für uns nicht.

Die Ansätze der KSZE-Schlußakte bieten Chancen für eine blockübergreifende Solidarität, die es ebenso zu nutzen gilt wie die Ebene des Europarates.

DIE GRÜNEN werden sich im Europa-Parlament für die Wahrung der Menschenrechte in aller Welt, aber auch innerhalb der EG, einsetzen. Wir fordern insbesondere einen Menschenrechtskatalog der EG, den jede/r Einzelne, aber auch Verbände und ethnische Gruppen direkt einklagen können. Dieser Katalog muß die klassischen Menschenrechte weiterentwickeln und den Gefahren der neuen Ausbeutung und Unterdrückung durch Wirtschaft und Technologie begegnen.

Homo- und Heterosexualität sind gleichwertige Formen sexueller Orientierung. DIE GRÜNEN setzen sich daher für die gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung der

Lesben und Schwulen ein. Im Europa-Parlament werden DIE GRÜNEN das Projekt „EISBERG“ der International Lesbian and Gay Association (ILGA) unterstützen, um auf europäischer Ebene auf Benachteiligungen der Lesben und Schwulen aufmerksam zu machen. DIE GRÜNEN werden sich für eine Umsetzung der Beschlüsse des Europa-Parlaments zur Gleichstellung von Homo- und Heterosexualität im Strafrecht stark machen.

Es ist für uns GRÜNE nicht hinnehmbar, wenn den in Europa lebenden AusländerInnen, gleich aus welchem Staat, auch nur eines der Menschenrechte vorenthalten wird. Dies bezieht sich auf das Wahlrecht ebenso wie auf die durch die EG geschaffenen Freizügigkeiten.

DIE GRÜNEN befürworten die multikulturelle Gesellschaft und sehen in jeder Form von Ausländerhaß und Diskriminierung den Ausdruck nationaler Borniertheit.

Die EG darf die Grenzen, die sie im Inneren überwindet, nicht als Festungsring um sich wieder neu aufbauen. Das Asylrecht muß auch EG-weit geachtet und gewährt werden. DIE GRÜNEN unterstützen die Initiative des Europa-Parlaments zur Anerkennung der Verfolgung aufgrund des Geschlechts (Frauen) oder der sexuellen Orientierung (Schwule und Lesben) als Asylgrund.

Freizügigkeiten über die Grenzen hinweg dürfen nicht einen EG-Überwachungsstaat oder polizeiliche Zusammenarbeit ohne Rechtsschutz nach sich ziehen.

FRAUEN IN DER EG: DIE DISKRIMINIERTE HÄLFTE

Überall kämpfen Frauen für ihre gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben und an der Politik. Die materiellen und politischen Voraussetzungen für selbstbestimmtes Frauenleben sind bisher in keinem Land durchgesetzt. Alltägliche Anmache, sexuelle Gewalt, die herrschende Ideologie, nach der die Frauen den Männern untergeordnet sind - sei es als Hausfrauen, sei es als Sexobjekte - all das gehört zu diesem Europa, zu seiner „abendländischen“ Kultur und zu seinen Herrschaftsstrukturen wie das Amen zur Kirche. Dieses Geschlechterverhältnis ist längst zum Exportartikel geworden - und Frauen aus der Dritten Welt zur Ware für den „weißen Mann“.

„Freizügigkeit“ ist einer der Schlüsselbegriffe für den geplanten europäischen Binnenmarkt. Dieses Wort hat für Frauen seit eh und je eine zweischneidige Bedeutung: Weltweit herrscht längst Freizügigkeit im Frauenhandel, während Arbeitsimmigrantinnen auf zahlreiche Hürden treffen, wenn sie versuchen, Arbeits- und eigenständige Aufenthaltsrechte in Anspruch zu nehmen.

„Teile (nach Geschlecht und Rasse) und herrsche“ - das ist nach wie vor die Grunddevise, nach der in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft Politik gemacht wird. Die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, die Frauen die Hausarbeit und die minderqualifizierte und nicht existenzsichernden Lohnarbeitsplätze zuweist, wird sich durch die „Deregulierung“ der Wirtschaft verfestigen.

Familienpolitik steht unter dem Motto „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“. Im Klartext heißt das: Frauen - Männer sind nie angesprochen - müssen Arrangements finden, um beiden Aufgaben gerecht zu werden. So entsteht dann die angeblich freigewählte Nachfrage nach Teilzeitarbeit.

Fast alle Regierungen betreiben ein und dieselbe Bevölkerungspolitik: die Einheimischen sollen durch Ideologie und Zwang (z.B. Verschärfung des Abtreibungsverbots bzw. der Praxis des Schwangerschaftsabbruchs) dazu gebracht werden, mehr Kinder zu gebären; die Geburtenzahlen der ausländischen Frauen hingegen sollen möglichst gesenkt werden. Die neuen Fortpflanzungstechnologien machen die Kontrolle der Gebärfähigkeit perfekt und öffnen ungeahnte Möglichkeiten eugenischer Auslese.

Überall sind Frauen gegen ihre Unterdrückung und Benachteiligung aktiv. Der Widerstand zeigt Wirkung: Autonome Feministinnen haben mit ihrer Politik, die an subjektiver Alltagsbetroffenheit anknüpft und auf den Abbau aller Hierarchien abzielt, die anderen Alternativbewegungen und Parteien beeinflusst. Auch Frauen in anderen Zusammenhängen, z.B. Gewerkschaften, wurden davon angesteckt. Überall in Europa und weltweit entstanden vielfältige Vernetzungen von Fraueninitiativen. Diese Netze müssen dichter geknüpft und weiter ausgeworfen werden, denn nur die eigenständigen und koordinierten Aktivitäten von Frauen werden ein Europa in ihrem Sinne schaffen.

SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Es gibt bereits ein vereintes Europa: das der multinationalen Konzerne. Ihnen kommt der permanente Rüstungswettlauf gerade recht. Bei ihnen landet die Entwicklungshilfe. Sie gestalten den Markt nach ihren Bedürfnissen. Sie beuten die Umwelt aus. Forschung wird von ihnen bezahlt, Kultur von ihnen vereinheitlicht. Politik erfolgt nach den Gesetzen ihrer „Landschaftspflege“.

Wirtschaftskonzentration bei gleichzeitiger Zerstörung gewachsener Produktionsstrukturen und bäuerlicher Landwirtschaft, eine Technologie, die den Menschen bedroht, Massenerwerbslosigkeit und neue Armut, verarmte Regionen, zerstörte Umwelt -das ist Alltag in Europa heute.

Die heutige EG eignet sich besonders für die Politik der Konzerne. Normen für soziale und ökologische Standards, die den Multis nicht passen, werden mit der jeweils gefügigsten Regierung verhindert. Die „Harmonisierung“ ebnet ihnen den Zugang zu europaweiten Märkten. Forschungsmittel der EG werden in die Bahnen gelenkt, die ihren Interessen dienen. Die europäische Agrarpolitik ersetzt bäuerliche Landwirtschaft durch industrielles Agrar-Business.

Die Regionalpolitik der EG hat die Auseinanderentwicklung von reichen und armen Regionen in keiner Weise korrigiert, sondern im Kern nur für deren ideologische Absicherung gesorgt.

EG-PolitikerInnen aller Couleur werden nicht müde, den ab 1992 kommenden „europäischen Binnenmarkt“ als das Allheilmittel gegen Massenerwerbslosigkeit, regionales Ungleichgewicht und Umweltzerstörung anzupreisen. Erst wenn die letzten Schranken für das europaweite Agieren von Automobil- und Chemiekonzernen, der Elektronik- und Transportbranche, der Rüstungs- und Nahrungsmittelindustrie gefallen sind, so verkünden sie, seien Arbeit und Wohlstand überall zu haben. Diese Behauptung ist so zuverlässig wie das Versprechen, eine Verdoppelung der Giftmenge stelle schlagartig die Gesundheit wieder her.

DIE GRÜNEN fordern stattdessen, daß der Umweltschutz als ein vorrangiges Ziel in den Gemeinschaftsverträgen verankert werden muß. Den Tendenzen zur Konzentration der Wirtschaftsmacht und entsprechender Konzentrationsgewinne muß durch Dezentralisierung und Regionalisierung der Wirtschaft Einhalt geboten werden.

Daher treten DIE GRÜNEN auch auf EG-Ebene für eine strenge Fusionskontrolle ein. Kleine, regional gewachsene und energiesparende Produktionsstrukturen müssen mit Hilfe von EG-Richtlinien steuerlich und tariflich begünstigt und gefördert werden. Darüber hinaus sind gestaffelte Tarife für Gütertransporte ein geeignetes Mittel, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu schützen. Die Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, z.B. in Form von Erzeuger/Verbraucher-Gemeinschaften, soll von der EG gefördert werden.

Im Zuge der Vorbereitung des europäischen Binnenmarktes werden aber nicht nur gesicherte Arbeitsverhältnisse dereguliert, sondern wird in allen Regionen der EG auch die soziale Sicherung weiter verschlechtert. Unter Hinweis auf angebliche Kosten

steigerungen werden in allen europäischen Staaten die Leistungen gekürzt oder auf einem geringen Niveau belassen. Sowohl bei der Alterssicherung als auch im Krankheitsfall werden Leistungen gemindert oder ganz gestrichen, entfallen Ansprüche, werden zusätzliche Zahlungen bei Inanspruchnahme der notwendigen Versorgung verlangt.

Die bereits vorhandenen, jetzt geschaffenen oder zukünftig entstehenden Lücken der sozialen Sicherung sollen grundsätzlich individuell überbrückt werden. Aber nur Besserverdienende können sich eine Zusatzversicherung bei den Großunternehmen der privaten Versicherungswirtschaft leisten. Wer zu wenig verdient, um eine zusätzliche private Versicherung eingehen zu können, muß bei notwendigen Leistungen zuzahlen oder auf eine Versorgung ganz oder teilweise verzichten. Von dieser Entwicklung profitieren allein die Versicherungsunternehmen. Das Europa des Binnenmarktes wird ein Europa der Zweidrittel-Gesellschaft. Es wird eine Zwei-Klassen-Medizin und eine Zwei-Klassen-Alters-Versorgung geben. Die Verhältnisse des vergangenen Jahrhunderts werden zurückgeholt.

GRÜNE Europapolitik tritt dieser Entwicklung entgegen. Uns geht es um die Stärkung der Solidarität der abhängig Beschäftigten untereinander in Europa, aber auch um die Stärkung der Solidarität mit kranken, alten und behinderten Menschen.

Wir GRÜNEN wollen mit einer alternativen Sozialpolitik das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Leben einklagbar gestalten. Jeder Mensch hat das Recht auf volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dafür sind die materiellen, kulturellen und gesellschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Ein menschenwürdiges Leben kann nur durch die Betroffenen selbst erkämpft werden. Unsere BündnispartnerInnen sind in der Frauenbewegung, in den Initiativen der Erwerbslosen- und Sozialhilfe-EmpfängerInnen und in den Gewerkschaften, aber auch in anderen regionalen Reformkräften.

Uns GRÜNEN ist bewußt, daß die vorhandenen Sicherungssysteme nicht ausreichen, um die Armut und Ausgrenzung immer größerer Bevölkerungsteile zu verhindern. Wir bekämpfen daher nicht nur zusammen mit gewerkschaftlichen und anderen Reformkräften die Methoden der Standortkonkurrenz, zu denen die Ausblutung ganzer Regionen und die Lohndrückerei gehören, sondern wir treten ein für die Schaffung neuer EG-Mindeststandards, die an den jeweiligen weitest gehenden Regelungen der einzelnen Länder orientiert sind.

Wir fordern EG-weit gültige Mindestabsicherungen für ArbeitnehmerInnen (Arbeitsplätze, Gesundheitsfürsorge, Altersvorsorge etc.) und Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten gegen Sozialdumping. Die jetzige Integrationsstrategie, die auf den Binnenmarkt 1992 zugeschnitten ist, muß in dem Sinne, umgekehrt werden, daß strengere soziale und ökologische Normen in jedem Mitglieds-Staat eingeführt und durch Handelshemmnisse geschützt werden können.

Statt Mitarbeit in EURATOM fordern die GRÜNEN den sofortigen Atomausstieg in ganz Europa und auch anderswo.

DIE GRÜNEN sind auch innerhalb der EG bemüht, Entgiftungsprogramme zu propagieren und einzuführen. Über die Umweltverträglichkeit von Vorhaben können am besten die Betroffenen selbst urteilen. Ihnen sind einklagbare Einspruchsrechte nach einer zu verschärfenden EG-Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung einzuräumen.

FÜR EINE GRENZÜBERGREIFENDE POLITIK DES ÖKOLOGISCHEN, SOZIALEN UND FEMINISTISCHEN UMBBAUS

GRÜNE Politik auf westeuropäischer Ebene setzt nicht auf Zentralisierung und Vereinheitlichung. Allein durch eine bewusste Nutzung der Vielfalt und auch

Widersprüchlichkeit von Interessenlagen und Traditionen der westeuropäischen Völker und Staaten kann die zerstörerische Logik des Binnenmarkts durchkreuzt und können erste Umbauschritte - auch grenzübergreifend - durchgesetzt werden.

Damit setzen die GRÜNEN nicht auf einen Rückzug in die Grenzen des Nationalstaats. Internationale Kooperation und grenzübergreifende Umbauschritte dürfen nicht auf die EG begrenzt bleiben; hierfür müssen alle internationalen Organisationen genutzt werden, etwa auch der Europarat oder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Eine realistische Politik des ökologischen, sozialen und feministischen Umbaus setzt voraus, daß die europäischen Länder die Zusammenarbeit anderer Weltregionen durch eine Politik des langfristigen, wechselseitig vorteilhaften - Austauschs stützen, statt ihr Entwicklungsmodell weiterhin anderen weltweit aufzuzwingen. Auf dieser Grundlage kann die EG sich zum Ziel setzen, das ökonomische Macht- und Entwicklungsgefälle, wie es heute zwischen EG- und RGW-Staaten sowie zwischen Nord- und Südeuropa besteht, in einer gleichberechtigten Zusammenarbeit abzubauen und gemeinsame ökologische Schadensabwehr- und Reparaturmaßnahmen innerhalb der Weltregion Europa einzuleiten.

KANDIDATINNEN DER GRÜNEN FÜR DIE 3. DIREKT- WAHLEN ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT 1989

1. RUDKO KAWCZYNSKI, Hamburg, 34, Musiker, heimatloser Roma, Vorsitzender der Rom und Cinti Union e.V., Schwerpunkt: Bürgerrechtsbewegung, Verteidigung verfolgter Minderheiten
2. DOROTHEE PIERMONT, Remagen, 45, Dr. phil., Antiquarin, Mitglied der Europa-Gruppe der GRÜNEN, 1984-1987 MdEP, Schwerpunkte: Militärkumpanei BRD-Frankreich, Atom- und Weltraumkolonialismus
3. FRIEDRICH-WILHELM GRAEFE zu BARINGDORF, Spenge/NRW, 47, Dr. phil., Landwirt, Mitglied der Europa-Gruppe der GRÜNEN, 1984-1987 MdEP, Arbeitsschwerpunkte: Agrarpolitik, Bio- und Gentechnologie, bäuerliche Landwirtschaft
4. CLAUDIA ROTH, Bonn, 33, Dramaturgin und Journalistin, z.Z. Pressesprecherin der GRÜNEN IM BUNDESTAG, Arbeitsschwerpunkte: Demokratie und Recht, Kulturpolitik
5. KARL PARTSCH, Ofterschwang/Bayern, 67, parteilos, Biologe und Publizist, Schwerpunkt: Umwelt, vor allem im Alpenraum
6. EVA QUISTORP, Berlin, 43, Lehrerin, 1986-1988 Mitglied im Bundesvorstand der GRÜNEN, Schwerpunkte: Frieden, Internationales, Frauen und Ökologie, Verbraucherpolitik
7. WILFRIED TELKÄMPER, Freiburg, 35, Historiker, parteilos, 1984-1989 Mitglied der Europa-Gruppe der GRÜNEN, seit 1987 MdEP und Vorsitzender der Regenbogenfraktion, Schwerpunkte: Regional- und „Dritte-Welt“-Politik
8. HILTRUD BREYER, Mandelbachtal/ Saarland, 31, Politologin, Schwerpunkte: Struktur- und Regionalpolitik der EG, neue Technologien
9. FRIEDER O. WOLF, Berlin 45, Dr. phil., Privatdozent an der FU Berlin, Publizist, 1984-1989 Mitglied der Europa-Gruppe der GRÜNEN (Nachrücker), Schwerpunkte: Wirtschafts-, Industrie- und Arbeitspolitik
10. ELISABETH DESSAI, Moers, 47, Dr. phil., Publizistin, Kinder- und Sachbuchautorin, Schwerpunkte: Frauen, Verkehrspolitik, „Dritte-Welt“-Fragen
11. DIETER DRABINIOK, Bonn, 34, Maurer, z.Z. Vorstandsreferent beim VCD, 1983-1985 MdB, Arbeitsschwerpunkt Verkehrspolitik
12. JAKOB VON UEXKÜLL, London, Journalist, Initiator der „Right Livelihood, Foundation“ und Stifter des „Alternativen Nobelpreises“
13. SOPHIE RIEGER, Nürnberg, 54, Deutsch-Französin, Dipl. Ing. Architektin, seit 1984 Stadträtin in Nürnberg, 1987 OberbürgermeisterIn-Kandidatin
14. WOLFGANG EHMKE, Taunusstein/Hessen, 42, promovierter Agrarbiologe, 1983-1985 MdB, Schwerpunkte: Energie- und Umweltpolitik
15. EVA-MARIA KRÜGER, Fürth, 34, Dipl.-Mineralogin, Kreisbeigeordnete und Dezernentin für Umwelt, Bau, Recht, Abfall und Gesundheit im Kreis Bergstraße. Schwerpunkte. Atompolitik, Umweltschutz, Friedenspolitik
16. MANUEL KIPER, Hannover, 39, Dr. rer. nat., Chemiker und Biologe, 1981-1984 Ratscherr in Hannover, 1984-1987 Landesgeschäftsstelle der GRÜNEN-Niedersachsen, Schwerpunkte: Chemie-, Energie- und Umweltpolitik, Gen- und Biotechnik
17. ILONA HEPP, Berlin, 34, Redakteurin, seit 1979 Mitglied der AL Berlin, Bezirksverordnete in Kreuzberg; politische Schwerpunkte: Dritte Welt, ImmigrantInnen und Flüchtlinge
18. ROLAND VOGT, Bad Dürkheim, 48, Diplom-Politologe, Jurist, Friedensarbeiter, 1983-1985 MdB, Schwerpunkte: Friedenspolitik, Demokratisierung der EG, Dritte-Welt-Fragen
19. FREJA SCHOLING, Deutsch Evern/Niedersachsen, 76, Landwirtin, Gründungsmitglied der GRÜNEN, 6 Jahre Fraktionssprecherin der GRÜNEN im Kreistag Lüneburg. Schwerpunkte: Umweltpolitik, Atomausstieg, Entwicklungshilfe
20. MANFRED COPPIK, Offenbach, 45, Rechtsanwalt, 1972-1983 SPD-MdB, 1982 Mitbegründer der „Demokratischen Sozialisten“, 1986 Mitglied der GRÜNEN
21. RENATE BERGER, Elsdorf/NRW, 45, Krankengymnastin, 1980 Mitglied der GRÜNEN, 1982/83 Sprecherin im Landesvorstand der GRÜNEN-NRW, Schwerpunkt: Energie- und Sozialpolitik